

Konferenz über die Zukunft Europas

Die von Ursula von der Leyen angekündigte und vom Parlament unterstützte Konferenz über die Zukunft Europas sollte die Gelegenheit bieten, eingehend darüber nachzudenken, welche Richtung die EU und ihr institutionelles Gefüge einschlagen sollen. Jedoch wurde der Prozess der Vorbereitung durch die COVID-19-Pandemie aufgehalten, sodass sich die drei Organe noch nicht auf das Format, die Zusammensetzung und die Struktur der Konferenz geeinigt haben. Dennoch setzt sich das Parlament mit aller Kraft dafür ein, diese Initiative im Zusammenhang nach der Corona-Krise möglichst bald wieder aufzunehmen, und es wird darüber auf der Juni-Plenartagung mit dem Rat und der Kommission debattieren.

Hintergrund

Die Präsidentin der Kommission, Ursula von der Leyen, kündigte in ihrer [Eröffnungsrede](#) im Juli 2019 und in ihren politischen Leitlinien die Absicht an, eine Konferenz über die Zukunft Europas ins Leben zu rufen. Damals beauftragte sie Vizepräsidentin [Dubravka Šuica](#), mit Vizepräsident [Maroš Šefčovič](#) an der Verbindung zu den nationalen Parlamenten und mit Vizepräsidentin Věra Jourová an den Themen Spitzenkandidaten, transnationale Listen und europäisches Wahlrecht zu arbeiten. Die Konferenz sollte eine Gelegenheit sein, eine strukturiertere Aussprache mit dem Ziel zu führen, die Funktionsweise der EU nicht nur hinsichtlich der institutionellen Dynamik, sondern auch hinsichtlich der Politikbereiche zu verbessern. Im jetzigen Stadium haben sich die drei Organe noch nicht auf die Ausrichtung und die Lenkung der Konferenz geeinigt, und der ursprünglich für den 9. Mai 2020 in Dubrovnik vorgesehene Beginn der Konferenz wurde wegen der COVID-19-Pandemie aufgeschoben. Während das [Europäische Parlament](#) und die [Kommission](#) beide ihre Ansätze offiziell dargelegt haben, hat der Rat trotz mehrerer Diskussionsrunden noch keinen endgültigen Standpunkt eingenommen. Es war erwartet worden, dass diese Vorbereitungsphase mit einer gemeinsamen Erklärung der drei Organe abgeschlossen würde, und danach hätte die Konferenz beginnen sollen.

Standpunkt des Europäischen Parlaments

Das Parlament hat zum Zweck, zum Gegenstand und zur Zusammensetzung der Konferenz in einer [Entschließung](#) vom 15. Januar 2020, der eine [Stellungnahme](#) des Ausschusses für konstitutionelle Fragen (AFCO) vorausging, sehr präzise und ehrgeizige Vorschläge unterbreitet. Das Parlament unterstützt nachdrücklich die aktive Beteiligung von Bürgern, die nach seiner Sichtweise Fragen der Unionspolitik in thematischen Foren erörtern sollen, die sich aus 200 bis 300 Bürgern zusammensetzen sollen, wobei die Berechnung nach dem Prinzip der degressiven Proportionalität (mindestens drei Vertreter je Mitgliedstaat) und die Auswahl durch unabhängige Einrichtungen in den Mitgliedstaaten nach dem Zufallsprinzip erfolgen soll. Das Parlament bestimmte sieben Politik- oder Themenbereiche, die im Wesentlichen die sechs politischen Prioritäten von Kommissionspräsidentin von der Leyen widerspiegeln. Auch zur Zusammensetzung hat das Parlament detaillierte Vorschläge gemacht: eine große „Delegation“ aus dem Europäischen Parlament (135), Mitglieder des Rates (nur auf Ministerebene, 27), nationale Parlamente (zwei bis vier je Mitgliedstaat), Europäische Kommission (drei Kommissionsmitglieder), Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss und Ausschuss der Regionen (jeweils vier Mitglieder), auf EU-Ebene tätige Sozialpartner (zwei auf jeder Seite). Dies summiert sich auf etwa 227 Mitglieder der Konferenz (wohingegen 2002 der Konvent über die Zukunft Europas 105 ordentliche Mitglieder – ohne Stellvertreter – zählte). Die Sitzungen würden von einem Lenkungsausschuss vorbereitet und von einem Koordinierungsausschuss gesteuert. Die Bürgerforen würden jeden Themenbereich autonom erörtern und ihre Beiträge nach einem „Bottom-up“-Ansatz zur institutionellen Diskussion in der Konferenz unterbreiten. Das Parlament wünscht einen Prozess, der zu konkreten Empfehlungen führt, die in Handeln umgewandelt werden können, und verpflichtet sich, die Ergebnisse der Konferenz entweder mit Legislativvorschlägen oder mit Vertragsänderungen weiterzuverfolgen, und fordert die anderen beiden Organe auf, dieselbe Verpflichtung einzugehen.

Standpunkt der Europäischen Kommission

Die Kommission unterbreitete in einer am 22. Januar 2020 angenommenen [Mitteilung](#) etwas weniger ehrgeizige Vorschläge, auch wenn sie in mehreren Aspekten mit dem Parlament übereinstimmte. Ein Bottom-up-Ansatz wird unterstützt, um Fragen im Umfeld der sechs Politikbereiche zu erörtern, die den Prioritäten von Präsidentin von der Leyen entsprechen, wobei auch der vom Europäischen Rat angenommenen Strategischen Agenda Rechnung getragen werden soll. Die Kommission betont auch den inklusiven Charakter der Konferenz und ihren transparenten und konstruktiven Ansatz. Die Zusammensetzung jedoch ist weniger detailliert, wobei die Organe und Einrichtungen der Union zusammen mit nationalen und regionalen Vertretern genannt werden. Was die Bürgerbeteiligung

anbelangt, schlägt die Kommission jedoch vor, die bestehenden Bürgerdialoge mit erweiterter Reichweite zu nutzen. Die Kommission schlägt vor, bestehende Netzwerke zu verwenden oder spezifische Veranstaltungen ins Leben zu rufen, um die Stellungnahme der Bürger einzuholen, wobei vorhandene Technologie und Instrumente ausgebaut und neue Beteiligungsformen über eine mehrsprachige digitale Plattform, Hackathons und konferenzbezogene Veranstaltungen vorgeschlagen werden. Der Fokus sollte, wenn auch nicht ausschließlich, auf jungen Menschen liegen, und die Konferenz sollte bestehende nationale oder lokale Netze und soziale Medien nutzen, um mehr Menschen zu erreichen. Die Kommission erachtet es als entscheidend, dass von der Konferenz echte und spürbare Handlungen ausgehen, und spricht sich dafür aus, auf die Aussprachen ein möglichst angemessenes Vorgehen folgen zu lassen, sei es mit Legislativmaßnahmen oder Vorschlägen für Vertragsänderungen. Die Kommission schlug vor, dass die Konferenz zwei Jahre dauern und zwei Arbeitsstränge umfassen soll, einen über institutionelle Fragen und den anderen über spezielle Politikbereiche, wobei die Ergebnisse und Empfehlungen während des französischen Ratsvorsitzes in der ersten Jahreshälfte 2022 vorgestellt werden sollen.

Standpunkt des Rates und der Mitgliedstaaten

Der Rat erörterte seinen Ansatz im Rahmen der Tagungen des Rates (Allgemeine Angelegenheiten) im [Januar 2020](#), im [Februar 2020](#) und unlängst am [26. Mai 2020](#), ohne sich auf einen endgültigen Standpunkt zu einigen, befasste sich jedoch mit mehreren Fragen. So wurde unter anderem festgestellt, dass die Konferenz konkrete Ergebnisse liefern muss und dass sie einen Moment der demokratischen Legitimität für das europäische Projekt darstellen könnte. Die Leitprinzipien sollten auf Inklusivität basieren, d. h. alle Mitgliedstaaten sollten gleichberechtigt einbezogen werden und die Ergebnisse gemeinsam mit den EU-Organen und den nationalen Parlamenten erarbeiten. Die Konferenz sollte auf den Bürgerdialogen und den verschiedenen Konsultationen der vergangenen beiden Jahre aufbauen und dabei eine breite Debatte mit den Bürgern in Gang setzen. Die Organisation der Konferenz sollte auf der Gleichberechtigung der Organe, der Achtung der Vorrechte der Organe und der Vermeidung unnötiger Bürokratie beruhen. Ähnlich wie die beiden anderen Organe hat auch der Rat die Möglichkeit erörtert, zusätzlich zu den drei Organen die nationalen Parlamente, die Bürger und die Zivilgesellschaft, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen einzubeziehen. Die Debatte über die Leitung der Konferenz war offenbar einer der Faktoren, die den Rat daran hinderten, eine Einigung über einen endgültigen Standpunkt zu erzielen. Im Anschluss an die Beiträge der EU-Organen legten Frankreich und Deutschland im Dezember 2019 ihre Leitlinien für die Konferenz in einem [Non-Paper](#) vor. Die wichtigsten Elemente dieses Ansatzes sind der Bottom-up-Ansatz, das Ziel, die EU besser zu strukturieren und souveräner zu machen, und ein dualer Arbeitsablauf, bei dem zum einen das institutionelle und demokratische Funktionieren der EU und zum anderen die politischen Prioritäten im Vordergrund stehen.

Zukunftsperspektiven

Aufgrund der Coronavirus-Pandemie mussten Vorbereitungsarbeiten für die Konferenz zwangsläufig unterbrochen werden. Es sind innerhalb des Europäischen Parlaments jedoch Anstrengungen unternommen worden, die Debatte wiederzubeleben. So hat das Organ in seiner [Entschließung](#) vom 17. April gefordert, die Konferenz so bald wie möglich wieder aufzunehmen. In einem [Schreiben](#) an Präsident Sassoli hob der Vorsitzende des AFCO-Ausschusses, Antonio Tajani, die wichtige potenzielle Rolle der Konferenz beim Wiederaufbau nach der Pandemie hervor und ersuchte ihn, den [kroatischen Ratsvorsitz](#) aufzufordern, seine Arbeit wieder aufzunehmen. Letzterer hat die Absicht bekundet, die Beratungen im Rat so bald wie möglich zum Abschluss zu bringen, damit die Vorbereitungsphase der Konferenz zu Ende gebracht werden kann. In einem [Arbeitsdokument des AFCO-Ausschusses](#) zum [70. Jahrestag der Schuman-Erklärung](#) wird die Bedeutung der Konferenz hervorgehoben, während im Zuge der [deutsch-französischen Initiative](#) vom 18. Mai 2020 zum Wiederaufbau nach der Pandemie die Konferenz als Gelegenheit betrachtet wird, eine breit angelegte demokratische Debatte über das europäische Projekt sowie über seine Reformen und Prioritäten anzustoßen. Die Verantwortlichen des nächsten [Dreiervorsitz](#) (Deutschland, Portugal und Slowenien) vom 1. Juli 2020 bis zum 31. Dezember 2021 haben erklärt, dass sie beabsichtigen, die Konferenz weiterhin ganz oben auf der politischen Agenda der EU zu [belassen](#). Der AFCO-Ausschuss hat sich in seiner [Sitzung vom 26. Mai](#) erneut mit der Frage der Konferenz befasst. In der Sitzung betonten mehrere Mitglieder das Erfordernis, sich so bald wie möglich an der Debatte über die Zukunft Europas zu beteiligen, derer es in der derzeitigen Krise mehr denn je bedürfe. Eine weitere Diskussion entwickelte sich in der Sitzung des AFCO-Ausschusses vom [8. Juni](#), in der der kroatische Ratsvorsitz von vielen Mitgliedern des AFCO-Ausschusses nachdrücklich aufgefordert wurde, den Prozess im Rat abzuschließen. Mehrere AFCO-Mitglieder fanden es bedauerlich, dass der Rat nicht in der Lage war, diese Vorbereitungsphase abzuschließen, und äußerten den Wunsch, dass die drei Organe noch vor dem Sommer eine gemeinsame Erklärung vereinbaren, damit die Konferenz in der zweiten Jahreshälfte 2020 stattfinden kann. Unterdessen arbeitet die Kommission nach Aussage von Vizepräsident [Maroš Šefčovič](#) an einer mehrsprachigen digitalen Plattform, die allen EU-Organen offensteht und die Organisation von Online-Debatten ermöglicht, auch wenn eine rein digitale Lösung nicht jeden erreichen kann und persönliche Debatten nicht ersetzen kann.

Dieses Dokument wurde für die Mitglieder und Bediensteten des Europäischen Parlaments erarbeitet und soll ihnen als Hintergrundmaterial für ihre parlamentarische Arbeit dienen. Die Verantwortung für den Inhalt dieses Dokuments liegt ausschließlich bei dessen Verfasser/n. Die darin vertretenen Auffassungen entsprechen nicht unbedingt dem offiziellen Standpunkt des Europäischen Parlaments. Nachdruck und Übersetzung – außer zu kommerziellen Zwecken – mit Quellenangabe gestattet, sofern das Europäische Parlament vorab unterrichtet und ihm ein Exemplar übermittelt wird. © Europäische Union, 2020.

